

März 2025

Jetzt handeln – Für einen starken Handel in Deutschland

Der deutsche Einzelhandel steht nach Jahren der Krisen, wachsender Regulierung und massiver Kostenbelastung an einem kritischen Punkt. Angesichts der ökonomischen Schwäche Deutschlands, der zunehmenden Wettbewerbsverzerrung und des strukturellen Drucks auf unsere Innenstädte erwarten wir von der Politik **mutige Entscheidungen und einen schnellen Abschluss der Koalitionsverhandlungen**. Es ist Zeit, die Weichen für einen Aufschwung zu stellen, der von unternehmerischer Freiheit, fairem Wettbewerb und Vertrauen in die Sozialpartner geprägt ist.

Unsere vier zentralen Forderungen an die künftige Bundesregierung:

- 1. Schluss mit unfairem Wettbewerb und Bürokratiewahnsinn!**
Drittstaatenhändler untergraben mit nicht regelkonformen Waren und mangelndem Verbraucherschutz den fairen Wettbewerb auf dem EU-Binnenmarkt, während deutsche und europäische Unternehmen unter wachsender Bürokratielast leiden. Wir fordern: Sofortige Streichung der 150-Euro-Zollfreigrenze, eine zentrale staatliche Marktüberwachung mit Testkäufen und die Schaffung einer Clearingstelle zur schnellen Sperrung rechtsverletzender Plattformen. Gleichzeitig muss der regulatorische Wahnsinn für europäische Unternehmen gestoppt werden – durch ein Bürokratie-Moratorium, Entlastungsgesetze und Vertrauen in Unternehmerverantwortung statt neuer Vorschriften.
- 2. Energiekosten senken – Existenzsicherung jetzt!**
Die hohen Energiepreise gefährden weiterhin die Wettbewerbsfähigkeit. Die Stromsteuer muss auf EU-Mindestniveau gesenkt, Netzentgelte fair verteilt werden – auch durch Beteiligung von Erneuerbare-Energien-Anlagen. Nur so schützen wir Handel und Verbraucher vor struktureller Benachteiligung.
- 3. Innenstädte als lebendige Herzen unserer Gesellschaft erhalten!**
Lebendige Innenstädte brauchen Investitionen, keine leeren Versprechen. Wir fordern eine Sonder-AfA für Modernisierungen in den gesamten Innenstadtgebieten, eine Verdopplung der Städtebauförderung und steuerliche Anreize für private Investitionen in Aufenthaltsqualität und Nachhaltigkeit. Nur mit starken Standorten schaffen wir Zukunft.
- 4. Tarifautonomie stärken – Keinen politischen Mindestlohn!**
Löhne müssen fair zwischen Sozialpartnern verhandelt werden. Die Arbeit der unabhängigen Mindestlohnkommission ist zu respektieren; staatliche Eingriffe in die Tarifautonomie lehnen wir ab. Statt erzwungener Allgemeinverbindlichkeit brauchen wir mehr Flexibilität durch Öffnungsklauseln in Tarifverträgen.

Die Zeit drängt. Die Bundesregierung muss jetzt handeln: Mit einer Steuerreform, die Beschäftigte entlastet („Mehr Netto vom Brutto“), einer klaren Zielmarke von 40 % bei den Sozialversicherungsbeiträgen und einem Investitionsschub für Bildung, Digitalisierung und Infrastruktur. Der Einzelhandel ist systemrelevant – als Arbeitgeber, Versorger und als Ort der sozialen Begegnung. Doch wir können unsere Verantwortung nur erfüllen, wenn die Politik endlich die Rahmenbedingungen für fairen Wettbewerb sowie den Raum für mehr unternehmerische Freiheit schafft. Nutzen Sie die Koalitionsverhandlungen, um die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft zurück in den Mittelpunkt zu stellen. **Jetzt handeln!**


Dr. Alexander von Preen
Präsident des HDE


Stefan Genth
Hauptgeschäftsführer des HDE

I. Unternehmerische Freiheit sichern

Die unternehmerischen Handlungsspielräume wurden in den letzten Jahren durch den Gesetzgeber immer weiter eingeschränkt. Wohlmeinende und isoliert betrachtet sinnvolle neue Verbraucherschutzvorschriften und steuernde staatliche Eingriffe in die Lieferbeziehungen im B2B-Bereich mit dem Ziel, "faire, sozial und ökologisch verantwortungsvolle" Vertragsbeziehungen zu gewährleisten, haben die Vertragsfreiheit auf allen Ebenen unverhältnismäßig begrenzt.

Die Freiheit des Wettbewerbs wird durch die Eingriffe in die Vertragsautonomie zunehmend in Frage gestellt. Dabei ist die Gewährleistung der Wettbewerbsfreiheit nicht nur ein verfassungsrechtlicher Auftrag zur Sicherung der allgemeinen Handlungsfreiheit (Art. 2 GG), sondern auch eine Verpflichtung aus den EU-Verträgen (Art. 119 AEUV). Diese Vorgaben folgen der Erkenntnis, dass ein freier und funktionierender Wettbewerb Wohlstand schafft und damit nicht zuletzt auch den Verbrauchern zugutekommt.

Eingriffe in die Vertragsfreiheit führen zu Effizienzverlusten, können Marktstörungen verursachen und schaden im Ergebnis den Verbraucherinteressen. Selbst große gesellschaftliche Herausforderungen wie z. B. die Durchsetzung von Nachhaltigkeitszielen sind im Rahmen wettbewerblicher Lösungen eher und mit weniger finanziellem Aufwand zu realisieren als durch staatliche Wirtschaftslenkung.

Die kontinuierlich zunehmende Regulierungsintensität wird dagegen immer mehr zum Problem für den Wirtschaftsstandort Deutschland und den EU-Binnenmarkt. Die Politik muss daher den richtigen Rahmen setzen, damit die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, des europäischen Binnenmarkts, der unternehmerischen Freiheit sowie der Souveränität der Verbraucher wieder Beachtung finden. Dies kann nur durch einen konsequenten Verzicht auf neue Regulierung und eine ernstgemeinte Deregulierungskampagne auf nationaler und EU-Ebene erreicht werden.

Unsere Forderungen

- **Effiziente Rechtsdurchsetzung**
Rechtskonformes Verhalten im Geschäftsverkehr wird in Deutschland mit Abmahnung und Unterlassungsklage effizient, kostengünstig und bürokratiearm gewährleistet. Eine Erweiterung kollektiver Rechtsschutzinstrumente oder neue Möglichkeiten der öffentlich-rechtlichen Rechtsdurchsetzung sind nicht erforderlich.
- **Kartellrechtliche Missbrauchsaufsicht verhältnismäßig gestalten**
Die in der letzten Legislaturperiode eingeführten neuen Eingriffsbefugnisse des Bundeskartellamts ermöglichen weitreichende Markteingriffe ohne Rechtsverstoß und widersprechen damit dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz. Um unverhältnismäßige Beschränkungen der Vertragsfreiheit und des Wettbewerbs auszuschließen, sollten die Neuregelungen in der kartellrechtlichen Missbrauchsaufsicht wieder zurückgenommen werden.
- **Keine Eingriffe in die Lebensmittellieferkette**
Eingriffe in die Vertragsgestaltungsfreiheit beeinträchtigen den Wettbewerb, führen zu Effizienzverlusten, schaden der Verbraucherwohlfahrt und sind zudem ungeeignet, die Ertragssituation der Landwirte zu verbessern. Die Vertragsbeziehungen in der Lebensmittellieferkette sind daher zu deregulieren.
- **Preisgestaltungsfreiheit sichern**
Die Preisgestaltungsfreiheit der Unternehmen stellt ein Kernelement des freien Wettbewerbs dar. Einschränkungen durch regulierende staatliche Eingriffe beschränken den Wettbewerb und widersprechen daher den Verbraucherinteressen. Bestehende Einschränkungen der Preissetzungsfreiheit (z. B. Verbot des Verkaufs unter Einstandspreis) sind zu streichen. Auf weitere

Regulierungen sollte unbedingt verzichtet werden. Dies gilt insbesondere für ein Verbot des Einkaufs unter Produktionskosten.

- **Autonome Verbraucherentscheidungen**

Eine freie Gesellschaft braucht Spielräume für autonome Entscheidungen aller Marktteure einschließlich der Verbraucher. Staatliche Einschränkungen der Vertragsfreiheit der Verbraucher müssen daher immer dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit genügen. Die Erforderlichkeit bestehender Verbraucherschutzvorschriften ist zu überprüfen. Das Widerrufsrecht im Online-Handel ist z. B. nicht mehr zeitgemäß und sollte ersatzlos gestrichen werden.

Standort stärken, Kosten senken

Die Herausforderungen für den Standort Deutschland sind aktuell groß. Zuversicht muss wieder an die Stelle von Unsicherheit treten. Dazu kann eine verlässliche Wirtschaftspolitik beitragen, die auf Investitionen statt auf Regulierung setzt und für alle Unternehmen unabhängig von Branche, Größe und Region, bessere Rahmenbedingungen schafft und die strukturellen Probleme wirklich angeht und löst.

Standards in Bezug auf Produktsicherheit, Umwelt- und Verbraucherschutz müssen auch von Marktteilnehmern aus Drittländern eingehalten werden. Deutsche und europäische Unternehmen dürfen im Wettbewerb nicht benachteiligt werden, insbesondere nicht im eigenen Wirtschaftsraum, dessen Gestaltung die Politik in der Hand hat.

Deutschland braucht mehr Neugründungen und erfolgreiche Unternehmensnachfolgen. Die Zahl der Selbstständigen muss wieder steigen. Ohne junge Unternehmerinnen und Unternehmer wird Deutschland die Transformation in Richtung Digitalisierung und Klimaschutz nicht schaffen. Gründungs- und Nachfolgeprozesse müssen gefördert werden und einfach umsetzbar sein. Bereits an Schulen muss für Unternehmertum geworben werden. Wir fordern mehr Vertrauen in die Unternehmen.

Ein weiterer Schlüssel zum langfristigen Erfolg von Unternehmen und Voraussetzung für Wirtschaftswachstum sind gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es muss daher mehr in Bildung investiert werden. Zudem müssen die Arbeitskosten in Form der Sozialversicherungsbeiträge wieder unter die 40%-Grenze sinken. Insgesamt muss Deutschland sein Arbeitskräftepotential nutzen und braucht Menschen, die länger arbeiten sowie eine substantielle Zuwanderung von Arbeitskräften

Unsere Forderungen

- **Konsequente Durchsetzung des Verbraucherschutzes und geltenden Rechts gegenüber Drittstaatenhändlern**
Unkontrollierte und nicht regelkonforme massenhafte Waren aus Drittstaatenhändlern und M2C (Manufacturer to Consumer) gefährden Verbraucher und den fairen Wettbewerb. Diesen Umstand ist kein Regel-, sondern ein Vollzugsproblem. Deshalb muss die Bundesregierung alles daransetzen, faire Wettbewerbsbedingungen durch schnelle und konsequente Durchsetzung deutschen und europäischen Rechts wiederherzustellen. Hierfür sind folgende konkrete Schritte erforderlich:
 - Streichung der 150-Euro-Zollfreigrenze.
 - Umfassende, repräsentative Testkäufe durch eine zentrale staatliche Stelle mit Weiterleitung der Ergebnisse an die EU-Kommission.
 - Koordinierung der Marktüberwachung zwischen Bund und Ländern mit Schwerpunktzuständigkeiten für den Online-Handel einzelner Länder.
 - Formale Ermittlungsaufforderung der Bundesnetzagentur an die zuständige irische Aufsichtsbehörde wegen Verstößen gegen den Digital Services Act seitens beispielsweise Shein.
 - Initiative zur Schaffung einer Clearingstelle zur schnellen Sperrung rechtsverletzender Plattformen nach Vorbild der CUII.
- **Bürokratiekosten jetzt senken**
Angesichts schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen ist es von entscheidender Bedeutung, die Betriebe von Bürokratie zu entlasten und Spielräume für unternehmerisches Handeln zu eröffnen. Durch jährliche Bürokratieentlastungsgesetze sind schnell wirksame und umfassende Maßnahmen umzusetzen. Auch Entrümpelungsgesetze und Bürokratiechecks sind gute Ansätze. Neben einem Belastungsmoratorium müssen auch bestehende Regelungen auf den Prüfstand gestellt werden.

- **Sozialversicherung: Beitragsbelastung begrenzen**

Wir benötigen ein klares Bekenntnis der Politik zur **40-Prozent-Zielmarke**, das ist für den Standort und die Wettbewerbsfähigkeit von zentraler Bedeutung. Es handelt sich vornehmlich um gesamtgesellschaftliche Herausforderungen, die zukünftig stärker aus Steuermitteln gestemmt werden müssen, zudem bedarf es auch entschlossener struktureller Handlungen seitens der Politik (etwa Anpassung des Renteneintrittsalters an die gestiegene Lebenserwartung, auch müssten Kostenstrukturen bei den zahlreichen Krankenkassen auf den Prüfstand).

- **Mobilität / Infrastruktur stärken**

Eine gut funktionierende Verkehrsinfrastruktur ist essenziell für die reibungslose Versorgung der Bevölkerung mit Gütern aller Art. Der allorts sichtbare Verschleiß insbesondere bei den Straßen und der Schiene gefährdet zunehmend die „Leichtigkeit des Verkehrs“. Dies gilt für den Lieferverkehr und Kundenverkehr sowie die hochverdichteten Innenstädte wie auch ländlichen Räume gleichermaßen. Die prognostizierten Verkehrszunahmen können nur durch ein modernes Verkehrsnetz bewältigt werden.

- **Unternehmenssteuer reformieren**

Das Steuersystem muss den Unternehmen mehr Potenzial für Investitionen belassen. Die Steuerlast der Unternehmen sollte dringend sinken, insbesondere auch die Steuern auf einbehaltene Gewinne von Personenunternehmen. Für lebendige Innenstädte muss bei der Gewerbesteuer die Hinzurechnung von gezahlten Mieten und Pachten zum steuerpflichtigen Gewerbeertrag abgeschafft werden. Dies belastet insbesondere innerstädtische Einzelhändler mit hohen Mieten und kann zu Steuerzahlungen in Verlustjahren führen.

- **Effiziente Energiepolitik: Strom, PV und Ladeinfrastruktur**

- **Energiepreise senken:** Die Energiepreise sind zwar gesunken, aber noch nicht wettbewerbsfähig. Hohe Energiekosten gefährden Einzelhandelsunternehmen. Die Stromsteuer sollte für alle Branchen auf das europäische Mindestmaß reduziert werden. Auch die stark ansteigenden Netzentgelte müssen entlastet werden. Betreiber von Solar- und Windkraftanlagen sollten sich an den Netzgebühren beteiligen, um die Netzentgelte beim Strombezug zu senken, ohne den PV-Ausbau zu behindern.

- **Ausbau von Photovoltaik entbürokratisieren:** Der PV-Ausbau muss beschleunigt werden. Handelsunternehmen haben bereits über 5 Millionen m² PV-Fläche installiert, sind aber mit hohem Bürokratieaufwand konfrontiert. Überflüssige Regelungen sollten vereinheitlicht und klarer formuliert werden. Bundeslandspezifische PV-Pflichten sollten durch ein bundesweites Kataloggeschäft ersetzt werden. Netzanschlussverfahren müssen vereinheitlicht und entbürokratisiert, die Anlagenverklammerung abgeschafft und die Direktvermarktung vereinfacht werden.

- **Verkehrswende ganzheitlich denken:** Ladeinfrastruktur für Elektroautos muss bedarfs- und nutzergerecht ausgebaut werden. Die Akzeptanz der Bürger, gute Fahrzeuge und die Auslastung der Ladepunkte sind entscheidend. Bei der nationalen Umsetzung der EU-Gebäudeeffizienzrichtlinie sollte eine qualitative Ladeleistungs-Pflicht festgelegt werden, um die Besonderheiten von Handelsstandorten zu berücksichtigen.

- **Verantwortungsvolle Lieferketten: Klarheit, Effizienz, Resilienz**

- **Planungs- und Rechtssicherheit sicherstellen:** Deutsche Einzelhandelsunternehmen haben große Anstrengungen unternommen, um Sorgfalts- und Berichtspflichten zu erfüllen. Ab dem 1. Januar 2025 gilt die CSRD in der EU, doch das deutsche Umsetzungsgesetz ist nicht rechtzeitig in Kraft getreten, was zu Rechts- und Planungsunsicherheit führt. Der Omnibus-Vorschlag der EU-Kommission soll Erleichterungen bringen, die schnell umgesetzt werden müssen, damit Unternehmen ihre Prozesse rechtssicher gestalten können.

- **Sinnvolle Daten erheben und mit Augenmaß berichten:** Es braucht eine Reduktion der zu erhebenden Datenpunkte um 50 % und eine Konsolidierung der Berichtspflichten. EU-Richtlinien sollten bürokratiearm 1:1 umgesetzt werden, um gleiche Anforderungen im EU-Binnenmarkt zu schaffen. Genossenschaften und Verbundgruppen sollten die Möglichkeit haben, einen zentralen Nachhaltigkeitsbericht zu erstellen, um Mehrfachberichte zu vermeiden.

- **Resiliente Lieferketten durch faire Rechtsgrundlagen:** Die fehlende Kohärenz in EU-Richtlinien und deutschen Gesetzen überfordert Unternehmen. Rechtsunsicherheit könnte zum Rückzug europäischer Unternehmen aus globalen Wertschöpfungsketten führen. Mit über 30.000 direkten Lieferanten sind die Lieferketten vieler Einzelhandelsunternehmen sehr komplex. Klare Definitionen und frühzeitige Leitlinien sind notwendig, um Rechtssicherheit zu schaffen.

- **Umweltpolitik: Einheitlich, fair, unbürokratisch:**

- **Flickenteppichregelungen bei kommunaler Verpackungssteuer verhindern:** Die Rechtmäßigkeit der Verpackungssteuer führt dazu, dass weitere Kommunen ähnliche Steuern erlassen. Handelsunternehmen wollen eine Ausweitung und Flickenteppichregelung verhindern. Sie plädieren für die Anerkennung der bestehenden Mehrfachbelastungen für Verpackungen durch Einwegkunststoffabgabe, Lizenzentgelte und erwartete Belastungen aus der PPWR. Weitere nationale und regionale Belastungen sind nicht zielführend.

- **Erweiterte Herstellerverantwortung für Textilien gemäß EU-Vorgaben regeln:** Ein System für Erweiterte Herstellerverantwortung (EPR) in Deutschland muss alle Facetten berücksichtigen und die europäische Abfallrahmenrichtlinie 1:1 umsetzen. Regelungen müssen für alle Marktteilnehmer einfach umsetzbar sein. Bürokratische Anforderungen sollten mit Augenmaß formuliert werden. Eine stringente Marktüberwachung muss fairen Wettbewerb und gerecht verteilte finanzielle Belastungen sicherstellen. Erfahrungen zeigen, dass bürokratiearme Systeme privatwirtschaftlich organisiert sind.

- **Nationale Umsetzung der PPWR unbürokratisch angehen:** Die neuen Vorgaben der EU-Verpackungsverordnung (PPWR) erfordern ambitionierte nationale Maßnahmen. Die EU-Verpackungsverordnung gibt neue Regelungen zur Verpackungsgestaltung und zum Einsatz von Rezyklat vor. Es wird neue Verbote bestimmter Verpackungsformate und Vorgaben zur Kennzeichnung geben. Nationale Maßnahmen zur Novellierung des Verpackungsgesetzes sollten auf Vereinbarkeit mit europäischen Gesetzen geprüft werden. Eine zügige Novellierung des §21 VerpackG im Rahmen der PPWR-Anpassung ist wünschenswert. Die Beteiligung der betroffenen Stakeholder ist wichtig.

II. Innenstädte vitalisieren

Die Innenstädte sind nicht nur das emotionale „Herz der Stadt“. Sie garantieren durch die Versorgungsdichte und -qualität des Handelsangebots den Großteil der Versorgung der Bevölkerung mit Waren aller Art. In Bezug auf die optimale funktionale Mischung, die städtebauliche Qualität, die Erreichbarkeit mit allen Verkehrsträgern und eine hohe Aufenthaltsqualität bestehen derzeit jedoch in vielen Innenstädten Defizite. Diese gilt es durch Förderung, Mobilisierung von privatem Kapital und zielgerichteten Maßnahmen abzubauen, um den Transformationsprozess hin zu attraktiven, klimagerechten und resilienten Innenstädten zu ermöglichen.

Unsere Forderungen

- **Sonder-AfA Innenstädte**
Durch die fortwährende Hochzinspolitik sowie die nicht nur inflationsbedingt gestiegenen Kosten in vielen Entwicklungsbereichen der Innenstadt leidet die Tragfähigkeit vieler privater Investitionen. Aufgrund des gleichzeitig erhöhten Investitionsbedarfs in unseren Innenstädten und Zentren sollte die räumliche Erweiterung des Bezugsraumes bei Sonderabschreibungen gemäß Einkommenssteuergesetz auf das jeweilige Gebiet der gesamten Innenstadt ausgeweitet werden. Der bisherige Bezugsraum des förmlich festgelegten Sanierungsgebietes oder städtebaulichen Entwicklungsbereiches greift zu kurz und wird den aktuellen Problemlagen in vielen Innenstädten nicht gerecht. Durch Abschreibungen kann ein neues Förderinstrument geschaffen werden, welches einen zusätzlichen Anreiz für notwendige Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen für unsere Innenstädte schafft, ohne direkte staatliche Förderung (Zuschuss) für den Eigentümer.
- **Innerstädtische Gründerzentren**
Die jahrzehntelange Erfolgsgeschichte der kommunalen Gründerzentren muss in die Innenstädte adaptiert werden. Somit können gleichzeitig Existenzgründer im Handel unterstützt, Arbeitsplätze geschaffen, der Branchenmix und die Attraktivität erhöht sowie bestehende Leerstände abgebaut werden.
- **Infrastruktur/Erreichbarkeit/Stadtumbau**
Der Mobilitätswandel und die veränderte Körnung des Modal Split müssen in den Städten intelligent gesteuert werden, wobei die individuellen städtischen Gegebenheiten der Maßstab sinnvoller Maßnahmen sind. Oberste Prämisse ist die jederzeit gute Erreichbarkeit der Innenstädte während des gesamten Prozesses.
- **Innenstädte zum Mitmachen auf die öffentliche und politische Agenda setzen**
Um die endogenen Potenziale jeder Stadt zu mobilisieren, muss eine bundesweite und auf Dauer angelegte Mitmachaktion – eine Ideensammlung und ein Wettbewerb um die besten Projekte zur Innenstadtentwicklung mit einem hohen Beteiligungsgrad der Bürger vor Ort initiiert werden. Die Bürger müssen zu Akteuren und Markenbotschaftern ihrer Innenstädte werden, um gleichzeitig die endogenen Potenziale unserer Städte zu heben.
- **Investitionen für gute öffentliche Räume**
Ein attraktiver öffentlicher Raum ist ein Garant für eine hohe Aufenthaltsqualität. Die Schaffung und Erhaltung ist eine der anstehenden Kernaufgaben, um die Zukunftsfähigkeit der Innenstädte zu sichern. Dabei ist die enge Abstimmung mit den Interessen des Handels – und damit mit dem Hauptfrequenzbringer – unumgänglich. Hierzu muss die Städtebauförderung verdoppelt und im Grundgesetz verankert werden.

- **Sichere Innenstädte: Kriminalität bekämpfen (insbes. Ladendiebstahl)**
Innenstädte müssen sich durch ein Höchstmaß an städtebaulicher Güte, Sauberkeit und Sicherheit auszeichnen. Letzteres ist eine Grundvoraussetzung für einen unbeschwerten Aufenthalt für Jung und Alt – subjektiv wie objektiv. Die Ressourcen zur Verbesserung der Sicherheit in Innenstädten sowie zur Bekämpfung von Ladendiebstahl müssen daher erheblich aufgestockt werden.

- **Erhalt eigenständiger Struktur Bauministerium/Beirat Innenstadt**
Neue Fragen der städtischen Klimaresilienz, des (inner-)städtischen Mobilitätswandels und einer neuen funktionalen Durchmischung müssen durch ein eigenständiges Bauministerium beantwortet und durch eine angemessene Rahmensetzung gelöst werden. Der Beirat Innenstadt ist als übergreifendes Beratungsgremium mit zielgerichteten Empfehlungen bewährt und unerlässlich.

- **Sonntagsöffnung ermöglichen**
Um Innenstädte attraktiv zu halten, sind gelegentliche, aber verlässliche Sonntagsöffnungen im stationären Einzelhandel mit Verkaufspersonal wichtig.

III. Fachkräfte

Die Herausforderungen für den Standort Deutschland sind aktuell groß. Unsicherheit ist angesichts von Krisen zum Dauerzustand geworden. Die Unternehmen sind aufgrund hoher Kosten, steigender Belastungen durch immer neue Regulierung und der Anforderungen an die Transformation in Richtung Digitalisierung und Klimaschutz vielfach am Rande ihrer Belastungsfähigkeit. Bei den Bürgerinnen und Bürgern kommt die Sorge um die konjunkturelle Entwicklung und den Arbeitsplatzverlust hinzu. In dieser Situation brauchen wir eine starke Wirtschaftspolitik für alle Unternehmen unabhängig von Branche, Größe und Region, um die strukturellen Probleme wirklich angehen und lösen zu können.

Der Einzelhandel leistet als einer der größten Arbeitgeber und Ausbilder in Deutschland heute und morgen einen wesentlichen Beitrag zum Wohlstand des Landes. Die beiden Kernberufe im Einzelhandel „Kaufleute im Einzelhandel“ und „Verkäufer“ – gehören jedes Jahr zu den beliebtesten Ausbildungsberufen in Deutschland.

Der Einzelhandel bildet darüber hinaus hochqualifizierte Fach- und Führungskräfte in 60 Berufen aus. Mit dem Ausbildungsberuf „Kaufleute im E-Commerce“ und der Fortbildung „Fachwirte im E-Commerce“ setzt die Branche national und international Maßstäbe. Damit die Branche auch morgen noch ausreichend Nachwuchs findet, muss die Attraktivität der beruflichen Bildung mit ihren guten Karrieremöglichkeiten deutlicher hervorgehoben werden.

Außerdem braucht es eine konsequente Optimierung von Familie und Beruf – Deutschland muss endlich auch Weltmeister bei der Kita-Betreuung werden wollen. Ein modernes Arbeitszeitrecht sowie eine effektive und unbürokratische Vermittlung von Flüchtlingen sind ebenso unerlässlich, wie mehr Mut zur Digitalisierung und weniger Berichts- und Dokumentationspflichten im Arbeitsverhältnis.

Unsere Forderungen

- **Fachkräftesicherung:**
Betreuungsangebote (Kita, Ganztagschulen, Pflege etc.) müssen optimiert und **an allen Werktagen auch nach 17 Uhr (inklusive Samstag)** zum Standard werden. Außerdem benötigen wir den Wechsel von der starren täglichen Arbeitszeit hin zur **flexibleren Wochenarbeitszeit** analog EU-Recht. Zudem müsste die Erwerbsbeteiligung von Frauen durch Überführung der Kombination aus den Steuerklassen III und V in das Faktorverfahren der **Steuerklasse IV** gefördert werden. Außerdem fordern wir die **Abschaffung der telefonischen Krankschreibung** sowie einen Wechsel von einem Pull-Verfahren zu einem Push-Verfahren bei der **elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung** (eAU), als effektiven Beitrag zur Bürokratieentlastung der Arbeitgeber.
- **Arbeitszeitflexibilisierung ermöglichen (Wochenarbeitszeit)**
Spielräume des EU-Rechts nutzen und einen Wechsel von der täglichen zur wöchentlichen Arbeitszeit direkt im Arbeitszeitgesetz ermöglichen.
- **Handel als Integrationsmotor: Vermittlung in der Fläche verbessern**
Für eine filialisierte Branche ist es wichtig, dass die Vermittlung nicht nur an Großstandorten funktioniert, sondern auch in dünnbesiedelten Regionen.
- **Steuerliche Anreize für mehr Arbeit**
Erwerbsbeteiligung von Frauen durch Überführung der Kombination aus den Steuerklassen III und V in das Faktorverfahren der Steuerklasse IV fördern.

- **Berufliche Bildung stärken**

Attraktivität der dualen Berufsausbildung stärken, digitale Beratungsangebote ausbauen und Berufsorientierung an allen allgemeinbildenden Schulen durchführen. Die gesetzliche Verankerung des **deutschen Qualifikationsrahmens (DQR)** lehnen wir ab. Die Attraktivität der beruflichen Bildung wird durch eine gesetzliche Verankerung keinesfalls gestärkt und die benannten Herausforderungen nicht gelöst. Ein Gesetz hätte keinen Mehrwert und würde sogar falsche Anreize setzen. Viel wichtiger wäre es aus Sicht des Handels, dass die neue Bundesregierung die Attraktivität der dualen Berufsausbildung weiter stärkt, digitale Beratungsangebote ausbaut und die Berufsorientierung konsequent an allen allgemeinbildenden Schulen durchgeführt wird.

IV. Tarifaufonomie

Die Ursache für die rückläufige Tarifbindung über alle Branchen hinweg ist in Deutschland vor allem der verringerte Gestaltungsspielraum für Tarifvertragsparteien aufgrund einer weiter zunehmenden gesetzlichen Regulierung.

Dies gilt vor allem für die rein politisch motivierte, sprunghafte Mindestlohnhebung auf zwölf Euro im Jahr 2022, die gänzlich ohne Beteiligung der unabhängigen Mindestlohnkommission durchgesetzt wurde. Mit Blick auf die Tarifbindung war dies fatal und darf sich so nicht mehr wiederholen. Die Arbeit der unabhängigen Mindestlohnkommission hat sich bewährt, sie orientiert sich bei der Empfehlung zur Mindestlohnanpassung alle zwei Jahre nachlaufend an der Tarifentwicklung (§ 9 Abs. 2 MiLoG).

Es muss Aufgabe und das Selbstverständnis der Sozialpartner sein, die Tarifverträge immer wieder aktuellen Herausforderungen anzupassen und dabei - frei von staatlicher Einflussnahme - einen für beide Seiten tragfähigen Kompromiss für eine ganze Branche auszuhandeln. Mehr staatliche Einflussnahme ist hierzu nicht hilfreich, sondern in höchstem Maße kontraproduktiv. Die Tarifvertragsparteien benötigen wieder ausreichend Gestaltungsspielraum, um in Zeiten des digitalen Wandels attraktive Tarifverträge anbieten zu können.

Unsere Forderungen

- **Tarifaufonomie: Keine Erleichterungen bei der Allgemeinverbindlichkeit (AVE) von Tarifverträgen.**

Die negative Koalitionsfreiheit, also das Recht Koalitionen fernzubleiben, genießt ebenso wie die positive Koalitionsfreiheit, also das Recht sich Koalitionen anzuschließen, Verfassungsrang (Art. 9 Abs. III GG). Tarifbindung lässt sich nicht durch eine erleichterte staatliche Zwangserstreckung von Tarifverträgen (AVE) erreichen. Im Gegenteil: Die Tarifbindung steigt, wenn man den Tarifvertragsparteien wieder mehr Gestaltungsspielraum etwa durch zusätzliche Öffnungsklauseln zurückgibt.

- **Unabhängige Mindestlohnkommission respektieren**

Die **Arbeit der unabhängigen Mindestlohnkommission ist zu respektieren**, einen rein sozialpolitisch motivierten Mindestlohn lehnen wir als Eingriff der Politik in die geschützte Tarifaufonomie strikt ab.

- **EU-Entgelttransparenzrichtlinie:** Wir fordern national eine Umsetzung der **EU-Entgelttransparenzrichtlinie** mit Augenmaß. Es handelt sich dabei um ein Bürokratiemonster par excellence. (RL enthält u.a. individuellen Auskunftsanspruch auch in KMU sowie umfassende und komplexe Berichts- und Prüfpflichten über das geschlechtsspezifische Entgeltgefälle in Entgeltsystemen bei Großunternehmen). Wir benötigen dringend eine **Ausnahme für tarifgebundene Arbeitgeber sowie für tarifyanwendende Arbeitgeber**. Diese würde die Attraktivität von Tarifverträgen stark fördern.

V. Innovation

Der deutsche Handel steht vor gewaltigen Herausforderungen: Der Mangel an Fachkräften, die rasante Digitalisierung und der Druck zu mehr Nachhaltigkeit verlangen nach innovativen Lösungen. Technologien können Herausforderungen wie den Fachkräftemangel abmildern und neue Geschäftsmodelle für Händler eröffnen. Damit diese neuen Konzepte florieren können, braucht es einen klaren regulatorischen Rahmen, der Innovation fördert und faire Bedingungen im Binnenmarkt und der Plattformökonomie sichert. Gleichzeitig ist ein praxisnaher Datenschutz nötig, der Unternehmen die Umsetzung erleichtert und Vertrauen schafft. In Zeiten von Polykrisen wird Cybersecurity immer essenzieller, um die digitale Sicherheit der Händler und ihrer Kunden zu gewährleisten. Durch gezielte Digitalförderung unterstützen wir den Mittelstand bei der Transformation. Mit intelligenten und ressourcenschonenden Modellen fördern wir den Weg zu einem nachhaltigeren Handel. Jetzt ist der Zeitpunkt aktiv zu werden und mit dem Handel die Wirtschaft zukunftssicher zu machen.

Unsere Forderungen

- **Schlagkräftige Digitalpolitik aus einer Hand**
Die digitale Transformation benötigt eine zentrale, durchsetzungsfähige Steuerung. Ein Digitalministerium mit direkter Anbindung an das Kanzleramt, Weisungsbefugnis und eigenem Budget ist unverzichtbar, um digitale Strategien für die digitale Wirtschaft effizient umzusetzen. Für die Digitalisierung der Verwaltung müssen ebenfalls klare Zuständigkeiten geschaffen werden sowie einheitliche Standards für Bund, Länder und Kommunen entwickelt werden. Gleichzeitig ist digitale Souveränität entscheidend für den deutschen Handel, um nicht in Abhängigkeit von US-amerikanischen oder anderen ausländischen Cloud-Anbietern zu geraten. Die Entwicklung souveräner digitaler Infrastrukturen und Geschäftsmodelle ist essenziell, um langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Bundesregierung muss daher den Aufbau und die Nutzung europäischer Cloud- und Datenlösungen gezielt fördern, offene Standards und interoperable Systeme unterstützen, um digitale Abhängigkeiten zu reduzieren, sowie Investitionen in digitale Schlüsseltechnologien vorantreiben, um die Innovationskraft des Handels zu stärken. Schlussendlich muss die Bundesregierung sicherstellen, dass sie auf europäischer Ebene sprech- und handlungsfähig ist.
- **Arbeitskräftemangel entgegenwirken: Technologie/Automatisierung nutzen (Smartshops)**
Digitale Minimärkte können Nahversorgung sichern, indem sie gänzlich ohne Personal auskommen und die Sonn- und Feiertagsruhe nicht unverhältnismäßig stören.
- **Rahmenbedingungen für neue Technologien gewährleisten**
Innovationsfreundliche Regulierung fördern, um digitale Lösungen im Handel zu stärken und KMUs zu unterstützen. Insbesondere darf der Einsatz neuer Technologien, z.B. im Bereich der KI und Gen AI, nicht durch eine zu starke Regulierung eingegrenzt werden.
- **Praktikable und effizienten Datenschutz gewährleisten**
Datenschutzlösungen fördern, die leicht umsetzbar und wirtschaftlich für Unternehmen sind.
- **Cybersecurity**
Robuste Sicherheitsstandards schaffen, um Handel und Kundendaten effektiv vor digitalen Bedrohungen zu schützen.
- **Mittelstandsoffensive für Digitalisierung**
Zielgerichtete Förderung und Schulungen, um KMUs fit für die digitale Transformation zu machen. Mittelstand-Digital Zentrum Handel erhalten!

- **Intelligente Modelle für mehr Nachhaltigkeit**
Ressourcenschonende Technologien und datensparsame Prozesse im Handel fördern, um Umweltbelastungen zu reduzieren.
- **Investitionsoffensive für den Standort Deutschland**
Deutschland braucht eine Innovations- und Investitionsprogramm, das Infrastruktur, Bildung und Digitalisierung in den Mittelpunkt stellt. Wir brauchen Investitionen in die Zukunft, um als Standort wettbewerbsfähig zu sein. Ein Investitionsfonds kann hier ein denkbarer Ansatz sein. Die notwendigen Investitionen sind durch Sonderabschreibungsmöglichkeiten zu fördern.
- **Digitalen Euro praxisgerecht einführen**
Der Handel trägt die Argumente von Politik und Eurosystem für die Einführung eines digitalen Euros mit. Geopolitische Unabhängigkeit, Sicherung der Anonymität und systemneutrale Gestaltung der Schnittstellen für mehr Innovation sind wichtige Ziele. Unerlässlich ist dabei aber auch, dass die Bereitschaft des Handels zur Akzeptanz nicht getrübt wird. Eine regulative Verpflichtung zur Akzeptanz kann nicht dafür sorgen, dass der digitale Euro auch „gelebt“ wird. Vielmehr muss die Akzeptanz attraktiv sein. Dazu muss auch die Belastung des Handels auf ein Mindestmaß begrenzt sein, eine Kompensationslösung zu Lasten des Handels kann nicht das Ziel sein.
- **Interbankenentgelte-Verordnung anpassen**
Dominante Zahlverfahren vorrangig aus den USA prägen inzwischen das Bild der Bezahlssysteme in Europa sowohl im stationären Bereich als auch im E-Commerce. Einmal akzeptiert ist es im harten Wettbewerb des Handels kaum möglich, eine Akzeptanz wieder einzustellen. Systeme nutzen dies aus, um trotz bestehender Regulierung die Kosten für die Akzeptanz weiter zu erhöhen. Die im Jahr 2015 eingeführte Regulierung zu Interbankenentgelten bedarf daher einer Aktualisierung. Die Regulierung sollte in ihrer Anwendung vereinfacht werden, um Umgehungen und damit Kostensteigerungen für Handel und Verbraucher zu verhindern.
- **Surcharging gestatten**
Das Bundeskartellamt hat sich in einer Position zum Entwurf einer europäischen Zahlungsdiensterichtlinie für das sogenannte Surcharging ausgesprochen. Damit setzt sich das Amt für mehr Transparenz für die Kosten des Zahlungsverkehrs ein. Durch eine verursachergerechte Weitergabe anfallender Kosten könnte jeder Kunde einen Eindruck erhalten, welche Kosten er beim Händler verursacht. Auch wenn im Handel mit einer Kostenweitergabe ein hoher Kommunikationsaufwand entsteht, wäre die Option des Surcharging ein Argument, in Konditionenverhandlungen mit den Zahlungsdienstleistern einzutreten. Dazu bedarf es einer praxisgerechten Umsetzung.
- **Effizienten Bargeldkreislauf erhalten**
Um einen effizienten Bargeldkreislauf aufrechtzuerhalten, sollte sichergestellt werden, dass sowohl die Beschaffung von Münzen als Wechselgeld als auch die Abgabe von Bargeld-Einnahmen an die Bank bezahlbar bleiben.
Bargelddienstleistungen von Banken an Gewerbetreibende sollten flächendeckend und kostenorientiert aufrechterhalten werden. Zudem sollten Gesetze und Meldepflichten auf ihre Relevanz überprüft werden.
- **Vertragsfreiheit bewahren, nachfrageorientiertes Angebot schaffen**
Unter dem Stichwort Wahlfreiheit für Verbraucher wird auf europäischer Ebene derzeit über die Pflicht zur Akzeptanz von Bargeld und des digitalen Euros diskutiert. Oft wird zudem die Pflicht zur Akzeptanz eines unbaren Zahlungsmittels gefordert.
Forderungen in dieser Art missachten, dass auch die Akzeptanzseite grundsätzlich eine Wahlfreiheit haben sollte. Denn nur der Händler ist in der Lage, die Kundenwünsche zu erkennen, maßgeschneiderte Zahlungsarten anzubieten und damit übermäßig hohe Kosten zu verhindern. Daher sollte es keine Akzeptanzpflichten für Unternehmen geben. Ziel sollte sein, dass sich im Markt

ein nachfrageorientiertes Angebot etabliert, dass allen Kundenwünschen gerecht wird und die Akzeptanzseite nicht überfordert.